



öffentlich

Beschlussvorlage			
Betreff			
Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs ZV VRR Faln-EB			
Organisation	Bereich/Periode/Jahr/Lfd. Nr./Nachtrag	Datum	lfd. Nr. BPL
ZV	R/IX/2016/0219	24.05.2016	3

<u>Beratungsfolge</u>	<u>Zuständigkeit</u>	<u>Sitzungstermin</u>	<u>Ergebnis</u>
Verwaltungsrat der VRR AöR	Empfehlung	30.06.2016	<input type="checkbox"/>
Betriebsausschuss des Zweckverbandes VRR	Empfehlung	30.06.2016	<input type="checkbox"/>
Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR	Entscheidung	30.06.2016	<input type="checkbox"/>

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsrat der VRR AöR und der Betriebsausschuss des Zweckverbandes VRR empfehlen der Verbandsversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verbandsversammlung stimmt einer Änderung der Satzung des Eigenbetriebs des Zweckverbandes VRR gemäß Anlage 1 zu dieser Vorlage zu.

Begründung/Sachstandsbericht:

I. Sachverhalt / Ausgangslage

Die Gremien des VRR haben bereits beschlossen, die Vertriebsleistungen im SPNV im Wettbewerb zu vergeben. Das Vergabeverfahren hat mit der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt begonnen.

Das Vergabeverfahren wird technisch von der VRR AöR durchgeführt. Welche juristische Person am Ende Vertragspartner des neuen Vertriebsdienstleisters wird, ist vor dem Hintergrund steuerrechtlicher Erwägungen noch zu entscheiden.

Bisher hat DB Regio AG die Vertriebsdienstleistungen auf der Grundlage des Verkehrsvertrages vom 18.11.2011 erbracht. Dieser Vertrag unterliegt infolge eines Erlasses der Umsatzsteuerreferenten aus 1996 nicht der Umsatzsteuer.

Ziel ist es, den neuen Vertrag mit dem Vertriebsdienstleister so zu gestalten, dass eine Zahlung der Umsatzsteuer, d.h. 19% höhere Aufwendungen, vermieden wird.

II. Lösungsvorschlag.

Aus steuerlichen Gründen ist es für die Sicherstellung des Vorsteuerabzugs aus den Rechnungen des externen Vertriebsdienstleisters erforderlich, dass die damit verbundene Tätigkeit nicht dem hoheitlichen Bereich, sondern dem Unternehmensbereich des VRR zugeordnet wird und kein unmittelbarer Zusammenhang mit den Verkehrsverträgen der VRR AöR besteht.

Aus diesen Gründen ist vorgeschlagen, die Vertriebsdienstleistung - so wie bereits bei der unternehmerischen Tätigkeit im Zusammenhang mit den Fahrzeugfinanzierungsmodellen praktiziert - durch den ZV VRR FaIn-EB zu vergeben.

Nur so kann eine Trennung der hoheitlichen Tätigkeit des VRR AöR in Bezug auf den Verkehrsvertrag und der unternehmerischen Tätigkeit des ZV VRR FaIn-EB in Bezug auf den Vertrieb sichergestellt werden.

Daraus folgt, dass der ZV VRR FaIn-EB aus steuerlichen Gründen Vertragspartner des Vertriebsdienstleisters werden sollte.

Die Zuständigkeiten des ZV VRR FaIn-EB beschränken sich zur Zeit allerdings auf Rechtsgeschäfte in Zusammenhang mit der Beschaffung und Bereitstellung von SPNV-Fahrzeugen.

Deshalb ist die Satzung des ZV VRR FaIn-EB entsprechend zu ändern.